GENDER OPEN REPOSITORIUM

Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft

Dormal, Michel; Mauer, Heike

2018

https://doi.org/10.25595/3593

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dormal, Michel; Mauer, Heike: *Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 1, 22–34. DOI: https://doi.org/10.25595/3593.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.03

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft

MICHEL DORMAL. HEIKE MAUER

Unlängst schrieb Wolfgang Streeck in einem Essay, der Populismus biete zwar keine Lösungen, hole aber „die Politik ins Spiel zurück" (Streeck 2017, 270). Die „populistische Revolution" zwinge die Eliten, „wieder mehr auf ihre Staatsvölker zu hören", statt dem „Rationalisierungsdruck internationaler Märkte" zu folgen (ebd., 266). Auch Nancy Fraser hält den Populismus für „eine Folge politischer Erdbeben", die „das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus" anzeigen: Die Wahl Donald Trumps, den Brexit, die Ablehnung der Renzi-Reformen in Italien oder die wachsende Zustimmung zum Front National in Frankreich interpretiert sie als Widerspruch der Wählerinnen und Wähler zum „Giftcocktail aus Sparpolitik, Freihandel, Schuldknechtschaft und schlecht bezahlten prekarisierten Arbeitsplätzen, den der herrschende finanzmarktgetriebene Kapitalismus (…) serviert" (Fraser 2017, 77). Es handele sich um eine „subjektive politische Gegenwehr gegen die objektive Strukturkrise" des Kapitalismus, um eine Auflehnung der sozial Benachteiligten „gegen ihre politischen Herren" (ebd., 77f.). Wir nennen das die ‚Korrektiv'-These: Der Rechtspopulismus erweitere demnach, bei allen hässlichen Begleiterscheinungen, den politischen Möglichkeitsraum. Insbesondere tue er das, indem er sozial schwächere Schichten aktiviere. Diese These vom Rechtspopulismus als der fälligen – wenn auch fehlgeleiteten – Rache der Geschichte am liberalen Mainstream findet sich in verschiedenen Variationen bei einer ganzen Reihe linker Autorinnen und Autoren (neben den genannten z.B. Jörke 2017; Stegemann 2017; einen kritischen Überblick geben Dowling/van Dyk/Graefe 2017).

In unserem Artikel kritisieren wir diese These. Sie beruht auf einem verkürzten Verständnis des Rechtspopulismus. Unsere Gegenthese lautet, dass der Rechtspopulismus selbst konstitutiv (und nicht nur akzidentiell) eine spezifische Form der Entpolitisierung und der Naturalisierung von Ungleichheit darstellt. Eine wichtige Dimension dieser Naturalisierung von Ungleichheit sind die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Bei den rechtspopulistischen Angriffen auf die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse handelt es sich nicht um eine zufällige Schrulle, die dem Phänomen äußerlich wäre. Vielmehr offenbart gerade die antifeministische Obsession, dass es dem Rechtspopulismus nicht darum geht, gesellschaftliche Verhältnisse zu politisieren – sondern darum, sie in autoritärer Weise zu stabilisieren.[1] Wer ihm eine politisierende und egalitäre Funktion andichtet, die nur wieder progressiv zu wenden wäre, sitzt einem Missverständnis auf und unterschätzt das Problem. Mit dem Begriff des Politisierungsparadoxes wollen wir diesen spezifischen Doppelcharakter fassen, der darin liegt, dass der Populismus zwar quantitativ für eine Mobilisierung vormals politikverdrossener Milieus sorgt, qualitativ aber die Entpolitisierung des Zusammenlebens betreibt.

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.03

Wir gehen in vier Schritten vor. Zunächst werden gängige Diagnosen zusammengefasst, die Entpolitisierung und Ungleichheit als Probleme liberaler Demokratie ausmachen. Im zweiten Schritt stellen wir die These vom Populismus als vermeintlichem Korrektiv dieser Entwicklung näher vor. Um diese These zurückzuweisen, wird drittens ein anderes Verständnis von Politisierung und von Gleichheit entwickelt. Zuletzt versuchen wir mit Hilfe des Begriffs des Politisierungsparadoxes die Rolle des Rechtspopulismus angemessener zu beschreiben.

Entwicklungstendenzen der Demokratie: Entpolitisierung und Ungleichheit

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Politikwissenschaft verstärkt mit der Frage, ob die westlichen Demokratien eine Erosion oder eine Krise durchlaufen (Heidenreich 2016; als Überblick Merkel 2015). Mit schillernden Begriffen wie „Gegen-Demokratie" (Rosanvallon 2006), „Postdemokratie" (Crouch 2005) oder „simulative Demokratie" (Blühdorn 2013) wird eine Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den politischen Eliten und eine „Aushöhlung" (Mair 2013, Übers. MD/HM) konventioneller demokratischer Prozesse beschrieben. Verwiesen wird etwa auf ein wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen, sinkende Mitgliederzahlen von Parteien oder Minusrekorde bei der Wahlbeteiligung. Kurzum: „politics turns into a spectator sport" (ebd., 44).

Bei allen Unterschieden gibt es einen gemeinsamen Nenner dieser Diagnosen: Sie alle begreifen die Entwicklung als Entpolitisierung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen oder können das politische Geschehen nicht mehr mit dem eigenen Handeln in Verbindung bringen oder gar als dessen Ergebnis begreifen. Während nachfrageorientierte Erklärungen die Ursachen dafür bei den Subjekten und ihren konsumorientierten Einstellungen verorten (Blühdorn 2013), machen angebotsorientierte Ansätze eher Frustrationserfahrungen infolge dominanter technokratischer und managerialer Politikstile verantwortlich (Hay 2007; Volk 2013). Immer wieder genannt werden auch Ökonomisierungs- und Globalisierungsprozesse, die politische Entscheidungen verstärkt Sachzwängen und Pfadabhängigkeiten unterordnen und nur wenig Spielraum für grundsätzliche Alternativen lassen. Immer öfter werden Streitfragen an Expertenkommissionen, Zentralbanken oder Gerichte ausgelagert, die nicht mehr an den politischen Wettbewerb zurückgebunden sind und ihre Legitimation aus Expertise und Unabhängigkeit schöpfen, statt diese auf demokratische Repräsentation oder staatsbürgerliche Partizipation zu gründen. So schreibt Hauke Brunkhorst über die europäische Wirtschaftsverfassung, ihre „gesamte institutionelle Balance" sei „auf Konfliktvermeidung und Konsens, Integration und Invisibilisierung europäischer Entscheidungen programmiert" (Brunkhorst 2014, 513). Eine solche Politik kommt mit einer passiven Duldung von Seiten der Bürgerinnen und Bürger gut aus und behandelt politische Streitfragen ansonsten so, „als ob es sich lediglich um Sachfragen handele, die mit ausreichend Sachverstand in ruhiger, nicht-politisierter Atmosphäre von Experten (…) abgearbeitet werden können" (Volk 2013, 81).

Ein zweiter Strang gegenwärtiger Krisendiagnosen fügt der Analyse ein weiteres Element hinzu: Wir haben es demnach mit einer Aushöhlung der Demokratie durch wachsende soziale Ungleichheit zu tun, die sich in eine strukturelle politische Ungleichheit übersetze. Prominent diagnostiziert wurde dies etwa von Robert Dahl (2006). Für die Demokratie entsteht dann ein Problem, wenn politische Entscheidungen gesellschaftlicher Ungleichheit nicht mal mehr im Ansatz entgegenwirken, sondern die Bessergestellten bevorzugt werden und soziale Disparitäten sich in ungleiche politische Repräsentations- und Einflussmöglichkeiten übersetzen (Linden 2016; Thaa 2011; Thaa/Linden 2014). So hat Armin Schäfer (2010, 2015) belegt, dass sinkende Wahlbeteiligung vor allem auf den Rückzug sozial schwacher Schichten zurückgeht. Ähnliche Schieflagen lassen sich auch für die Parteien nachweisen: „Wurden sie einst gegründet, um die Masse sozial oder politisch Schwächerer zu bündeln und deren Anliegen in den politischen Prozess einzubringen, so werden sie mehr und mehr zu Zusammenschlüssen sozialer Gewinner." (Biehl 2014, 119) Diesen Befunden zufolge sind es also nicht die Bürgerinnen und Bürger schlechthin, die sich von der Politik zurückziehen, sondern vor allem diejenigen, die weder über materielle Ressourcen noch hohe Bildungsabschlüsse verfügen. Beide Entwicklungen – Entpolitisierung und Ungleichheit – bilden Dirk Jörke (2016) zufolge dabei zwei Seiten derselben Medaille: Es sei nur rational, wenn sich bestimmte Bevölkerungsgruppen irgendwann von jenen Kanälen politischer Einflussnahme zurückziehen, die sich für ein gesellschaftsveränderndes Handeln in ihrem Interesse als unwirksam erwiesen haben.

Die These vom Populismus als Korrektiv

Diese doppelte Problemdiagnose – die auch wir über weite Strecken in der Sache für zutreffend halten – bildet den Hintergrund für die These vom Rechtspopulismus als Korrektiv.

Der rechte Populismus setzt dieser These zufolge erstens die soziale Frage wieder auf die politische Agenda. Er hole die „sogenannten kleinen Leute" (Thaa 2017), die „zu Globalisierungsverlierern gewordenen Mittel- und Unterschichten" (Streeck 2017, 270), kurz: die „Enteigneten" und die „Opfer" des Systems (Fraser 2017, 88, 90), wieder in die Politik zurück. Die „Zustimmung zum Front National" etwa, so Didier Eribon, müsse „zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten" verstanden werden (Eribon 2016, 124). Für Dirk Jörke und Nils Heisterhagen ist der Rechtspopulismus längst „zum Sprachrohr der Arbeiter geworden" und stellt heute die wichtigste „sozialdemokratische Gegenkraft zum Neoliberalismus" dar (Jörke/Heisterhagen 2017b, 9).

Zweitens erzwinge der Rechtspopulismus eine Wiederbelebung des politischen Wettbewerbs und eine Aufwertung der Politik gegenüber ökonomischen Prozessen. Bereits vor über zehn Jahren bemerkte Chantal Mouffe: „In einem Kontext, in dem der herrschende Diskurs verkündet, es gebe keine Alternative zur heutigen ne-

oliberalen Form der Globalisierung (…) überrascht es nicht, wenn eine wachsende Zahl von Menschen jenen Gehör schenkt, die eben doch Alternativen ankündigen" (Mouffe 2007, 93). In diesem Sinne glaubt auch Winfried Thaa, Trump demonstriere heute, „dass die ökonomische Globalisierung nicht nach naturgesetzlichen Notwendigkeiten abläuft" (Thaa 2017). Ähnlich heißt es bei Jörke, der Populismus beweise „gegen die Beschwörung von Konsens und Alternativlosigkeit", dass es eben doch „politische Alternativen gibt" (Jörke 2017, 205).

Dass die Rechtspopulisten nicht die Alternativen bieten, die man selbst für zukunftsfähig hält, wird dabei stets vermerkt, bleibt der Analyse des Phänomens aber merkwürdig äußerlich. Selbst eine Feministin wie Fraser weint Hillary Clinton jedenfalls „keine Träne nach" und sieht in deren Niederlage mittelfristig eher eine „Chance", zusammen mit einer „Mehrheit der Trump-Wähler" das „antineoliberale Projekt" in Angriff zu nehmen (Fraser 2017, 89f.). Diese Chance kann Fraser freilich nur unterstellen, weil sie überzeugt ist, dass sich Trumps Erfolg vor allem aus dem Fehlen einer echten linken Wahlalternative (in der Person von Bernie Sanders) speist. Die demokratische Partei habe also ihre Niederlage selbst verschuldet.

Aus dieser Perspektive wird der Rechtspopulismus nicht als eigenständiges Phänomen ernstgenommen. Vielmehr wird er reflexhaft auf ein Versagen der Linken bezogen, die sich nun in „Selbstkritik" (Stegemann 2017) zu üben habe. Die Linke habe sich, so der Tenor, jahrelang einseitig auf mit dem liberalen Mainstream konforme Forderungen nach Minderheitenrechten, Gleichstellungspolitik und Selbstverwirklichung konzentriert. Sie befinde sich in einer „babylonischen Gefangenschaft des Neuen Liberalismus" (ebd.). Zuletzt hat sich sogar der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel (2017) in diese Richtung geäußert: Die SPD habe sich zu lange zu wohl gefühlt in den „postmodernen" Gleichstellungsdebatten.[2] Indem er diese liberale Hegemonie gebrochen und ein repolitisiertes „Interregnum" – der von Gramsci entlehnte Begriff fällt sowohl bei Fraser (2017, 89) wie bei Streeck (2017, 265) – eröffnet habe, bereite daher paradoxerweise gerade der Rechtspopulismus den Boden für die Neubegründung der Linken vor.

Diese Argumentation ist theoretisch selbstbezüglich und empirisch dünn. Auf der Policy-Ebene kann angesichts der von Trump betriebenen Abschaffung der unter Obama eingeführten Finanzmarktregulierungen sowie des Affordable Care Act angezweifelt werden, ob diese Politik nun gerade die Logik des Marktes in Frage stellt. Vor allem aber bleibt das Verständnis von Politisierung und Gleichheit unterkomplex. So legt etwa Fraser einen plumpen Ökonomismus an den Tag, der an die alte marxistische Prätention erinnert, politische Entwicklungen einzig aus einer Analyse der Klassenkämpfe erklären zu können. Den Rassismus und Sexismus, den Trump im Wahlkampf bediente, hält Fraser für Nebensächlichkeiten, die verschwinden würden, sobald die Linke zu einer neoliberalismuskritischen Politik zurückfinde: Der Zorn der Trump-Wähler sei „einigermaßen legitim", leider aber derzeit „auf Immigranten und andere Sündenböcke fehlgeleitet" – die Lösung liege daher im „Umlenken ihres Zorns auf das systembedingte Raubrittertum des Finanzkapitals"

(Fraser 2017, 87). Es gehe demnach nur darum, endlich den richtigen Gegner zu markieren. Zutreffend kritisieren daher Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe (2017) in der Debatte die Rückkehr einer nostalgischen Idee des „Hauptwiderspruchs".
Im Folgenden argumentieren wir, dass die hier skizzierte, verkürzte Analyse des Rechtspopulismus maßgeblich darauf zurückzuführen ist, dass Fragen des Verhältnisses von Politik und Privatsphäre und der Demokratisierung gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse, auf die die feministische Politikwissenschaft gleichwohl stets hingewiesen hat, weitgehend ausgeblendet bleiben.

Für ein reflexives Verständnis von Politisierung und Gleichheit

Moderne Gesellschaften sind „politische Gesellschaften" (Greven 2008). In ihnen kann potenziell alles zum Gegenstand politischer Entscheidungen werden. Gleichzeitig besitzt nur die Politik die Legitimation, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen. Trotzdem ist nicht alles ständig zur Disposition gestellt. Es gibt immer eine Grenze zwischen den Fragen, die politisch umstritten und entscheidbar sind, und jenen, die in einer gegebenen Situation als unpolitisch ausgeklammert werden. Wer diese Grenze zieht und wo sie verläuft, bleibt gleichwohl hochumstritten. Dieser Streit ist selbst immer schon politisch: „The political gesture par excellence, at its purest, is precisely the gesture of separating the political from the non-political." (Žižek 2000, 95) Man kann auch von einer Politik zweiter Ordnung sprechen, einer Politik, in der verhandelt wird, wo die Grenze zwischen der politischen und nicht-politischen Sphäre verläuft. Es ist das Verdienst feministischer Einwürfe, gegen die aristotelische und liberale Tradition, die beide von einer natürlichen Grenze zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten ausgingen, auf diese zweite, reflexive Ebene politischer Auseinandersetzungen aufmerksam gemacht zu haben, indem sie die dort angesiedelten Mechanismen einer hierarchischen Geschlechterordnung offenlegten (Lang 1995). „Die Privatheit", so Sieglinde Rosenberger (1998, 120), „ist ein dynamisches Konfliktfeld, das durch politische Interessen entweder erstarrt bleiben oder in Bewegung gebracht werden soll." Aus feministischer Perspektive, so fasst es Gundula Ludwig zusammen, sind „Öffentlichkeit und Privatheit keine vor- oder auffindbaren Orte einer Gesellschaft, sondern machtvolle Konstruktionen, die Personen, Tätigkeiten und Bereiche anordnen" (Ludwig 2016, 197).
Es gibt bisweilen gute Gründe, etwas als privat zu konstruieren – man denke an die auf die individuelle Handlungsfreiheit zielenden Grundrechtsgarantieren. Genauso gibt es gute Gründe, etwa Religion zur Privatsache zu erklären und aus dem öffentlichen Raum fernzuhalten. Entscheidend ist, ob und wie diese Konstruktion des Öffentlichen und des Privaten als Ergebnis politischer Deutungskämpfe und Entscheidungen bewusst gehalten wird. Ein reflexives Verständnis von Politisierung schaut daher nicht nur, was in einer gegebenen Situation jeweils politisch entscheidbar ist und was nicht, sondern auch, auf welchen ‚Anordnungsmechanismen' diese Möglichkeit beruht und

inwiefern diese Mechanismen selbst im politischen Raum begründbar und potenziell hinterfragbar bleiben. Politisierung in diesem Sinne verweist gerade nicht auf einen willensstarken Dezisionismus (wie etwa Donald Trump ihn in karikaturesker Weise inszeniert), sondern auf die *Offen-Haltung* einer politischen Ordnung, innerhalb derer sich grundlegende Alternativen erst herausbilden können.[3]

In den Fokus der Kritik geraten dann etwa verschiedene Spielarten einer „Politik der Entpolitisierung" (Selk 2011, 183), die durch „Selbstverständlichung", Naturalisierung, Privatisierung oder den Hinweis auf den gesunden Menschenverstand bestimmte Bereiche dem politischen Wettbewerb und dem politischen Urteil entziehen. Dies macht aus einer feministischen Perspektive eine Repolitisierung des Privaten erforderlich. Dabei werden Privatheit und Öffentlichkeit nicht als getrennte, sondern als konstitutiv und funktional aufeinander bezogene Sphären verstanden (Rosenberger 1998, 130). Die reflexive Repolitisierung zielt daher auch nicht auf die Aufhebung des Privaten, sondern auf die Demokratisierung der politischen ‚Anordnungsmechanismen', die die Geschlechtergruppen in ein gesellschaftliches Verhältnis zueinander setzen und das Private/das Natürliche und das Öffentliche/das Politische voneinander scheiden. Dazu sollen „mit Hilfe von Politik die patriarchalen Machtstrukturen durch demokratische abgelöst werden", so dass „in der Privatheit die Prinzipien der Selbstbestimmung und Freiheit auch für Frauen gelten" (ebd.).

Nicht nur der Bereich der Politisierung, sondern auch der Gleichheitsbegriff muss daher um eine Ebene erweitert werden. In den bislang referierten Positionen wurde Gleichheit meist distributiv verstanden: entweder als annähernde Gleichverteilung von Reichtum und Gütern, oder als Gleichverteilung des Stimmgewichts bei Wahlen. Beides ist wichtig. Aber es gerät damit eine dritte Dimension aus dem Blick, die man als relationale Gleichheit bezeichnen kann: die Gestaltung gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse als Beziehungen von gleich zu gleich. Eine Aktualisierung des Gleichheitsverständnisses in diesem Sinne hat Pierre Rosanvallon (2011) vorgeschlagen. Gleichheit ist demnach in dreifacher Weise als relative Position der Individuen, als Regel ihrer Interaktion und als Prinzip der Erzeugung einer gemeinsamen Welt zu begreifen (ebd., 22). Dieses Gleichheitsverständnis rührt auch an jene Voraussetzungen und Hierarchien, für die ein bloß distributives Konzept blind bleibt. Wie Markus Linden richtig angemerkt hat, entstanden die Neuen Sozialen Bewegungen einst gerade in „Opposition zur korporatistischen Verengung des politischen Wettbewerbs auf Verteilungsfragen. Zahlreiche Themen, etwa die Geschlechterfrage (…) kamen zu kurz." (Linden 2016, 178)

Ein solches Gleichheitsverständnis macht es erforderlich, Bereiche des Privaten in den Blick zu nehmen. Hier liegt, wie Heike Mauer (2017) argumentiert, erneut die Vorreiterrolle des Feminismus auf der Hand, der einst angetreten war, die „Organisation von Sorge-, Sozialisations-, Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit politisch zu verhandeln", und Fragen stellte wie: „Wer wäscht die Wäsche? Wer wechselt die Windeln? Wer kocht und kauft ein? Wer pflegt?" Auch wo feministische Forderungen die Form eines Kampfes um subjektive Rechte annahmen, richteten sie

sich daher in unserer Lesart letztlich darauf, die relative Position der Individuen und ihre Interaktionsregeln egalisierend umzugestalten.
Dieser relationale Gleichheitsbegriff ist ein anspruchsvolles Ideal, auf das die Demokratie gleichwohl nicht verzichten kann.[4] Denn Demokratie als Praxis gleicher Freiheit erfordert eben nicht nur, dass es Beratungen, Alternativen und gleiches Stimmgewicht gibt, sondern auch, dass diese Beratungen auf Augenhöhe stattfinden und die Alternativen sich „without reason for the fear or deference that a power of interference might inspire" (Pettit 2012, 84) herausbilden können. Indem sie gleichermaßen die Grenzen und impliziten Ausschlüsse von distributiver Gleichheit wie von rein formaler Chancengleichheit reflektiert und hinterfragt, unterhält die relationale Dimension von Gleichheit damit zugleich eine besondere Beziehung zu dem, was wir als reflexive Politisierung beschrieben haben. Denn die Entpolitisierung der Grenze zwischen dem Politischen und dem Nicht-Politischen ist fast immer ein Versuch, Ungleichheiten gegen Kritik zu immunisieren. Der relationale Gleichheitsbegriff drängt hingegen auf die gleiche Chance, die Grenzziehung zu repolitisieren und „konstitutive Ausschlüsse und Entpolitisierungen von gesellschaftlichen Verhältnissen" (Ludwig 2013, 463) aufzubrechen.

Der Rechtspopulismus als Entpolitisierung und als Angriff auf die demokratische Gleichheit

Im Lichte dieses erweiterten Verständnisses von Politisierung und Gleichheit offenbart sich der konstitutiv autoritäre Charakter des Rechtspopulismus. Die ‚Korrektiv'-These wird damit unhaltbar. Denn wenngleich der Rechtspopulismus auf den ersten Blick eine Alternative zur liberalen Globalisierung propagiert und damit rein quantitativ auch Teile der entkoppelten Unterschichten mobilisiert, so besteht die andere Hälfte des rechtspopulistischen Projekts in einer Renaturalisierung gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Am deutlichsten zeigt sich das im Angriff auf die Politisierung der Geschlechterverhältnisse. Zumindest bei den drei deutschsprachigen populistischen Parteien Alternative für Deutschland (AfD), Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und Schweizer Volkspartei (SVP) zeigen sich hier bemerkenswerte Parallelen.
So wendet sich die SVP in ihrem Parteiprogramm gegen alle Maßnahmen, die „helfen sollen, die Gesellschaft zu verändern" (SVP 2015, 95). Die „traditionelle Familie" wird von ihr aber nicht etwa als ein normatives Modell neben anderen gesehen, sondern als vorpolitische Grundlage des Staates: Für die SVP sind „Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften" organisch gewachsene Einheiten, „die unabhängig vom Staat existieren" und vor Politisierung geschützt werden müssen (ebd.). Bei Veranstaltungen wie dem „Equal Pay Day", der die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen fordert, handele es sich, so die AfD, hingegen um künstliche „Propagandaaktionen", die die „geschlechtliche Identität in Frage" stellen (AfD 2017, 40).

Auch im „Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger" der FPÖ (2013, 29) heißt es, dass „Familie und Volk organisch gewachsene Einheiten" seien. Man bekennt sich zwar zur „Chancengleichheit" für Frauen, wendet sich aber im gleichen Satz dagegen, „das geschlechtsspezifische Verhalten durch Beeinflussen, Gängeln und Zwang zu verändern" (ebd., 131). Es dürfe nicht „zu einer Unterdrückung der Geschlechterrollen kommen" (ebd.). „Gender-Mainstreaming" wird nicht nur abgelehnt, sondern verschwörungstheoretisch aufgebauscht. Dahinter verberge sich ein totalitäres Projekt „ideologischer Geschlechtsumwandlung": Ziel von Gender Mainstreaming ist in den Augen der FPÖ „nichts anderes als die Schaffung des ‚Neuen Menschen', das sich bereits Marxisten-Leninisten auf die Fahnen geheftet hatten" (ebd., 136). Dieser neue Mensch soll diesmal „ein Wesen ohne feste Geschlechteridentität" sein (ebd.). Demgegenüber ist die FPÖ der „Überzeugung, dass die biologische Determiniertheit von Mann und Frau anzuerkennen ist. (…) Man übernimmt nicht eine Mutterrolle, sondern ist Mutter. Man übernimmt nicht eine Vaterrolle, sondern ist Vater." (Ebd., 135)

Auch die AfD wendet sich gegen angebliche „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme" (AfD 2017, 41). In ihren Augen ist es gar „verfassungsfeindlich", die „naturgegebene(n) Unterschiede zwischen den Geschlechtern" in Frage zu stellen (ebd., 40), denn nur die traditionelle Familie könne „das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen" (ebd.). Das ist verfassungsrechtlich hanebüchen, illustriert aber gut die autoritäre Ideologie, der zufolge Staatsvolk und politische Ordnung letztlich nicht durch Demokratie und Recht konstituiert sind, sondern organisch aus einer natürlichen Ordnung und Einheit erwachsen. „Unter Rückgriff auf eine biologisch-natürliche heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit" lässt sich dann, wie Birgit Sauer zutreffend anmerkt, letztlich „die Natürlichkeit und Homogenität des Volkes symbolisieren" (Sauer 2017, 13).

Rechtspopulisten pflegen eine regelrechte Obsession mit dem Thema Geschlecht. Darauf hat jüngst die sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung hingewiesen, indem sie den „Antigenderismus" in den Blick genommen und auf die Allianzen zwischen Antifeminismus und rechten Bewegungen hingewiesen hat (Hark/Villa 2015). Geschlecht ist längst, so auch Sauer, „zu einem Kernelement rechtspopulistischer Mobilisierung" avanciert (Sauer 2017, 10). Eine der meistbeachtesten Reden eines AfD-Abgeordneten hielt Steffen Königer in Brandenburg, als er sich über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt lustig machte. Das Video der Rede wurde in sozialen Netzwerken binnen Kürze tausende Male geteilt. Das ist nicht nur bemerkenswert, weil rechtspopulistische Parteien vereinzelt ja durchaus auch mit prominenten homosexuellen Mitgliedern um Stimmen werben, sondern vor allem, weil dieselben Parteien gegenüber Migranten, insbesondere aus islamischen Ländern, stets auf die hierzulande erreichte Gleichberechtigung und Toleranz in Geschlechter- und Sexualitätsfragen verweisen. Aber es scheint leichter zu fallen, diese offensichtliche ideologische Inkohärenz auszuhalten, als auf die mobilisierende und identitätsstiftende Frontstellung gegen Feminismus und ‚Gender-Wahnsinn' zu verzichten. Mindestens zwei Erklärungen lassen sich dafür anführen.

Erstens kann mit Sauer (2017, 9) darauf verwiesen werden, dass die rechtspopulistische Revolte gegen die liberale Globalisierung auch eine Revolte gegen eine durch die Globalisierung beschleunigte „Krise der Männlichkeit" darstellt. Insbesondere weniger gut ausgebildete Männer sehen nicht nur den Wert ihrer Berufsqualifikation schwinden, sondern auch den ihrer Identität als Ernährer und Familienoberhaupt. Die Ablehnung der ökonomischen Bedrohung fällt daher mit einer Abwehr von Bedrohungen der eigenen Geschlechtsidentität zusammen. Empirisch ist in der Tat – trotz einzelner weiblicher Führungsfiguren – in rechtspopulistischen Parteien der Männeranteil deutlich höher als in anderen Parteien (Niedermayer 2017, 14).
Politiktheoretisch zeigt sich an der Obsession mit Geschlechterfragen zweitens, dass es sich um eine *autoritäre* Revolte handelt. Zwar wird dem dominierenden liberalen Gleichheitsbegriff von moderaten Strömungen des Rechtspopulismus insofern Tribut gezollt, als die Verteidigung der traditionellen Familienrolle bisweilen im Namen von ‚Wahlfreiheit' auftritt. Doch kann kein Zweifel bestehen, dass die eigene Vorstellung hier eben nicht – wie etwa bei einem modernen Konservativismus, den Bundeskanzlerin Merkel verkörpert – als ein wertgebundener Entwurf unter anderen gesehen wird, sondern als einzig richtige, natürliche Ordnung. Insbesondere die zahlreichen Einlassungen zu Gender Mainstreaming nehmen dabei paranoide Züge an. So behauptet die FPÖ, Gender Mainstreaming besitze eine subversive hidden Agenda, und zieht Parallelen zur konspirativen Organisation bolschewistischer Kaderparteien. Schließlich habe auch schon der Vordenker des Kommunismus, Friedrich Engels, 1884 die „Abschaffung der Familie" gefordert, wie sie die Gleichstellungspolitik heute angeblich auch verfolge (FPÖ 2013, 136). Freilich haben derartige Projektionen mit der ernüchternden Realität von Gender Mainstreaming als administrativem Steuerungskonzept wenig zu tun; eher schon geben sie Auskunft über eine autoritäre Konstruktion, in der es nur die Unterwerfung unter Imperative der Natürlichkeit oder aber eine Unterwerfung durch Zwang und ‚Gehirnwäsche' geben kann, aber keinen Raum, in dem unter Gleichen über abweichende soziale Deutungen von – und Erfahrungen mit – ‚natürlichen' Tatsachen gesprochen und verhandelt werden könnte.

Fazit: Das Politisierungsparadox

Dem Rechtspopulismus eine Korrektivfunktion anzudichten, die bloß progressiv zu wenden wäre, greift zu kurz. Zwar betreibt er oberflächlich eine Repolitisierung von Globalisierungsprozessen. Zugleich aber entpolitisiert der Rechtspopulismus gesellschaftliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die erst durch jahrzehntelange politische Kämpfe zum Gegenstand reflexiver demokratischer Bearbeitung gemacht wurden. Diesen Doppelcharakter beschreiben wir mit dem Begriff des Politisierungsparadoxes. Beide Facetten können nicht unabhängig voneinander begriffen werden: Das Zitat Björn Höckes, dass Deutschland seine „Männlichkeit" wiederfinden müsse, weil nur wer „mannhaft" sei, auch „wehrhaft" sein könne, um gegen

die Bedrohungen durch Zuwanderung und Globalisierung zu kämpfen (zit. nach Bender 2017), illustriert die zentrale Bedeutung der autoritären Festschreibung von Geschlechteridentitäten geradezu karikaturesk. Solche Festschreibungen bilden eine Facette jener autoritären „Subjektkonstitution", die Christian Volk (2017) an der Wurzel des rechtspopulistischen Erfolgs ausmacht. Das Bedürfnis, das der Rechtspopulismus bedient, ist ein autoritäres. Ob es um die Gleichstellung von Queer- und Transgenderpersonen geht, die lächerlich gemacht wird, um die Rückkehr zu einer ‚Versorgerehe' oder gegen die Neuordnung von Care- und Sorgearbeit: Es geht nicht um Gleichheit, sondern um die Festschreibung von sozialen Hierarchien. Der Rechtspopulismus zielt nicht auf eine Öffnung des politischen Möglichkeitsraums, sondern auf Entpolitisierung und die Rücknahme eines heute ansatzweise verbreiteten Pluralitäts- und Kontingenzbewusstseins – und gerade damit ist er fatalerweise erfolgreich. Die Vertreterinnen und Vertreter der ‚Korrektiv-These' ignorieren diese Dimension weitgehend. Wir haben argumentiert, dass dies an einem halbierten Verständnis von Politisierung und von Gleichheit liegt. Ein am Feminismus geschultes reflexives Politisierungsverständnis und ein relationaler Gleichheitsbegriff erlauben dagegen, den Rechtspopulismus nicht nur äußerlich als fehlgeleitete, aber nachvollziehbare Antwort auf die richtig benannten Probleme der Ungleichheit und Entpolitisierung zu begreifen, sondern selbst als eine spezifische Form der Entpolitisierung von Ungleichheit. Zwar mag er rein quantitativ die Wahlbeteiligung in sozial abgehängten Milieus steigern. Politiktheoretisch aber stellt er letztlich einen Angriff auf die Demokratie dar.

Anmerkungen

1 Wir schließen damit an Patricia Graf, Silke Schneider und Gabriele Wilde an, die gängigen politikwissenschaftlichen Analysen des Rechtspopulismus ebenfalls vorwerfen, nicht mal „im Ansatz" dessen „autoritären Charakter (...) zu benennen" (Graf/Schneider/Wilde 2017, 72).

2 Die Frage, was die Linke nun tun müsse, war zuvor auch schon Gegenstand der Rechtspopulismus-Debatte, die in der taz geführt wurde (Blühdorn/Butzlaff 2017; Jörke/Heisterhagen 2017a; Mauer 2017; Thaa 2017; Volk 2017; Ziai/Müller 2017).

3 Seit einiger Zeit werden ähnliche Fragen in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung als wissenschaftstheoretische Kontroverse um die Gegenstände von Intersektionalitätsanalysen diskutiert (vgl. Kerner 2011; Meyer/Purtschert 2010).

4 Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass in der feministischen politischen Theorie die Frage der Gleichheit meist in Bezug auf die Frage der Differenz, aber nicht der sozialen und politischen Ungleichheit verhandelt wird (Benhabib et al. 1993; Maihofer 1997, 2009; Young 1989).

Literatur

Alternative für Deutschland (AfD), 2017: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. http://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (13.9.2017).

Benhabib, Seyla/**Butler**, Judith/**Cornell**, Drucilla/**Fraser**, Nancy, 1993: Der Streit um Differenz. Frankfurt/M.

Bender, Justus, 2017: Die Wut der AfD auf den neuen Mann. In: FAZ.NET, 10.4.2017, http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/afd-ist-trotz-weibliche-parteivorsitzende-eine-maennerpartei-14966185.html (13.9.2017).

Biehl, Heiko, 2014: Nur noch Sprachrohr von Gewinnern? Repräsentation sozial schwacher Bevölkerungsgruppen durch Parteien. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hg.): Ungleichheit und politische Repräsentation. Baden-Baden, 107-124.

Blühdorn, Ingolfur, 2013: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin.

Blühdorn, Ingolfur/**Butzlaff**, Felix, 2017: Wo Linke nicht irren dürfen. In: die tageszeitung, 10.4.2017. Internet: http://www.taz.de/!5396079/ (13.9.2017).

Brunkhorst, Hauke, 2014: Auswege aus der technokratischen Falle? Die unbeachtete Wirtschaftsverfassung Europas. In: Leviathan. 42 (4), 508-523.

Crouch, Colin, 2005: Post-Democracy. Cambridge.

Dahl, Robert Alan, 2006: Politische Gleichheit – ein Ideal? Hamburg.

Dowling, Emma/**van Dyk**, Silke/**Graefe**, Stefanie, 2017: Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik", in: PROKLA 188. 47 (3), 411-420.

Eribon, Didier, 2016: Rückkehr nach Reims. Berlin.

Fraser, Nancy, 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin, 77-91.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), 2013: Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger. Vierte Auflage. Internet: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf (13.7.2017).

Gabriel, Sigmar, 2017: Sehnsucht nach Heimat. Wie die SPD auf den Rechtspopulismus reagieren muss. In: Der Spiegel, 18.12.2017. Internet: http://www.spiegel.de/spiegel/sigmar-gabriel-wie-die-spd-auf-den-rechtspopulismus-reagieren-muss-a-1183867.html (22.12.2017).

Graf, Patricia/**Schneider**, Silke/**Wilde**, Gabriele, 2017: Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 26 (1), 70-87.

Greven, Michael T., 2008: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie. Wiesbaden.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene, 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Hay, Colin, 2007: Why We Hate Politics. Cambridge.

Heidenreich, Felix, 2016: Krise, Erosion, Niedergang der Demokratie – oder doch ein ganz normales Unbehagen? In: Neue Politische Literatur. 61 (3), 403-412.

Jörke, Dirk, 2016: I prefer not to vote, oder vom Sinn und Unsinn des Wählens in der Postdemokratie. In: Richter, Hedwig/Buchstein, Hubertus (Hg.): Kultur und Praxis der Wahlen. Wiesbaden, 101-119.

Jörke, Dirk, 2017: Moralismus ist zu wenig. Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?". In: Zeitschrift für Politische Theorie. 7 (2), 203-208.

Jörke, Dirk/**Heisterhagen**, Nils, 2017a: Neuanfang im Denken und Handeln. In: die tageszeitung, 24.4.2017. Internet: http://www.taz.de/!5398684/ (13.9.2017).

Jörke, Dirk/**Heisterhagen**, Nils, 2017b: Was die Linken jetzt tun müssen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.2017, Feuilleton, 9.

Kerner, Ina, 2011: Komplexitätsproduktion. Über Intersektionalität. In: Binder, Beate/Jähnert, Gabriele/Kerner, Ina/Kilian, Eveline/Nickel, Hildegard Maria (Hg.): Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers. Münster, 184-202.

Lang, Sabine, 1995: Politische Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnis. Überlegungen zu einer Politologie der öffentlichen Sphäre. In: Sauer, Birgit/Kreisky, Eva (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt/M., 83-121.

Linden, Markus, 2016: Beziehungsgleichheit als Anspruch und Problem politischer Partizipation. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 26 (2), 173-195.

Ludwig, Gundula, 2013: Feministische Überlegungen zu Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen. In: Politische Vierteljahresschrift. 54 (3), 461-484.

Ludwig, Gundula, 2016: Das ‚liberale Trennungsdispositiv' als staatstragendes Konstrukt. Eine queer-feministische hegemonietheoretische Perspektive auf Öffentlichkeit und Privatheit. In: Politische Vierteljahresschrift. 57 (2), 193-216.

Maihofer, Andrea, 1997: Gleichheit und/oder Differenz. Zum Verlauf einer Debatte. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, Band 28. Wiesbaden, 155-176.

Maihofer, Andrea, 2009: Dialektik der Aufklärung: Die Entstehung der modernen Gleichheitsidee, des Diskurses der qualitativen Geschlechterdifferenz und der Rassentheorie. In: Zeitschrift für Menschenrechte. 3 (1), 20-36.

Mair, Peter, 2013: Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy. London, New York.

Mauer, Heike, 2017: In die Gedöns-Falle getappt. In: die tageszeitung, 20.4.2017, Internet: http://www.taz.de/!5393821/ (13.9.2017).

Merkel, Wolfgang, 2015: Die Herausforderungen der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden, 7-42.

Meyer, Katrin/**Purtschert**, Patricia, 2010: Die Macht der Kategorien. Kritische Überlegungen zur Intersektionalität. In: Feministische Studien. 29 (1), 130-142.

Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M.

Niedermayer, Oskar, 2017: Parteimitglieder in Deutschland. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 27. Berlin.

Pettit, Philip, 2012: On the People's Terms. A Republican Theory and Model of Democracy. Cambridge.

Rosanvallon, Pierre, 2006: La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance. Paris.

Rosanvallon, Pierre, 2011: La société des égaux. Paris.

Rosenberger, Sieglinde, 1998: Privatheit und Politik. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, Band 28. Wiesbaden, 120-136.

Sauer, Birgit, 2017: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift. 58 (1), 3-22.

Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. 4 (1), 131-156.

Schäfer, Armin, 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/M.

Selk, Veith, 2011: Die Politik der Entpolitisierung als Problem der Politikwissenschaft und der Demokratie. In: Zeitschrift für Politische Theorie. 2 (2), 183-198.

Stegemann, Bernd, 2017: Der gute Mensch und seine Lügen. In: Die Zeit, 9.3.2017, Internet: http://www.zeit.de/2017/09/populismus-eliten-gutmensch-luegen/komplettansicht (22.12.2017).

Streeck, Wolfgang, 2017: Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin, 253-273.

Schweizerische Volkspartei (SVP), 2015: Parteiprogramm 2015 bis 2019. Internet: http://www.svp.ch/de/assets/File/Parteiprogramm_2015-d.pdf (13.9.2017).

Thaa, Winfried, 2011: Neue Ungleichheit und politische Repräsentation. Arbeitspapier 1 des Teilprojekts C 7, Sonderforschungsbereich 600. Trier.

Thaa, Winfried, 2017: In die Identitätsfalle getappt. In: die tageszeitung, 7.3.2017. Internet: http://www.taz.de/!5386234/ (28.6.2017).

Thaa, Winfried/**Linden**, Markus, 2014: Issuefähigkeit – Ein neuer Disparitätsmodus? In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hg.): Ungleichheit und politische Repräsentation. Baden-Baden, 53-79.

Volk, Christian, 2013: Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung – Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands. In: Politische Vierteljahresschrift. 54 (1), 75-110.

Volk, Christian, 2017: Diagnose mit zwei zentralen Fehlern. In: die tageszeitung, 25.2.2017. Internet: http://www.taz.de/!5383964/ (13.9.2017).

Young, Iris Marion, 1989: Polity and Group Difference: A Critique of the Ideal of Universal Citizenship. In: Ethics. 99 (2), 250-274.

Ziai, Aram/**Müller**, Franziska, 2017: Die linke Gretchenfrage. In: die tageszeitung, 15.3.2017. Internet: http://www.taz.de/!5388259/ (13.9.2017).

Žižek, Slavoj, 2000: Class Struggle or Postmodernism? Yes, please! In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left. London, 90-135.

Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv

GABRIELE DIETZE

Einführung

Die vergleichsweise neue Formation des Rechtspopulismus,[1] heißt es, sei in ihren verschiedenen nationalen und historischen Ausprägungen strukturell misogyn (Inglehart/Norris 2016), sie strebe eine Re-Traditionalisierung der ‚Frauenrolle' mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Familie an (Norocel 2013), habe sexistische Unterströmungen (Wodak 2016), verfolge einen patriarchalen Führungsstil (Kemper 2016), sehe im Feminismus eine Nemesis (Lang 2017; Träbert 2017) und halte die Kategorie Gender für Teufelswerk (Hark/Villa 2015). Vergleichende Studien europäischer Rechtspopulismen identifizieren einen grundsätzlichen Geschlechter-Traditionalismus (Sauer et al. 2016) oder bei einem kleineren Teil, z.B. dem Front National unter Marine Le Pen, einen „modernen Traditionalismus" (Scrinzi 2014, 5). Keine dieser Analysen ist falsch, solche Einschätzungen lassen

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.04